

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin

Band: 120 (1994)

Heft: 8

Artikel: Ein Arbeitspapier aus dem Finanzministerium stellt das Monopol der Armee in Frage : mehr Markt in der Landesverteidigung?

Autor: Keller, Martin / Senn, Martin

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-600640>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

VON MARTIN KELLER

Eine jede Nation bedarf einer schützenden Hand, und zwar nebst derjenigen Gottes – der Glaube versetzt bekanntlich mitunter Berge, nicht aber potentielle Okkupanten in Angst und Schrecken – eine, die notfalls kräftig zurückzuschlagen wüsste. In diesem Sinne behütet die Schweizer Armee unser Land vor den Gefahren eines mittlerweile postmodern brüchig gewordenen Weltgefüges. Und obwohl sich die Schweizer Armee in beiden grossen Kriegen des 20. Jahrhunderts bestens bewährt hat, weil sie sich nicht hat bewähren müssen, wird sie das Mandat möglicherweise schon bald verlieren.

Geht es nach dem Willen von Stichts Sparbürokraten, droht ihr in Zukunft Konkurrenz von privaten und staatlichen Anbietern aus dem In- und Ausland. Akkurat zwei Jahre ist es her, seit

– aufgrund des marxistisch einheitlichen Besoldungssystems grassieren Schlamperei und Leerläufe

– in den Kaderpositionen finden sich praktisch ausschliesslich konservative Konformisten, was sich ungünstig auf das Innovationsklima auswirkt

Armee-Leasing aus Russland?

Abhilfe versprach man sich allenthalben von der anstehenden Armee reform 95. Seit aber feststeht, dass Bundesrat Villiger im wesentlichen alles beim alten lässt, das heisst seine Reformer zwar einige Kompanien umkrepeln und ein paar subalterne Seniorenkrieger ausmustern, das drängendste Problem indes, nämlich die Behebung der oben aufgelisteten Mängel, schlicht ignorieren, will das Finanzdepartement dem uneinsichtigen Gebaren im EMD nicht mehr länger zuschauen. Als erste Al-

Einheiten bleiben im Besitz Russlands und selbstverständlich auch dort stationiert.

Dadurch entstünden, abgesehen von der fixen Monatsrate, die sich auf etwa 5 Mio US-\$ belaufen dürfte, keine weiteren Kosten für Verpflegung, Unterkunft, Erwerbsausfallentschädigung und Ersatz von vor allem im casus belli schadhaft gewordenen Angehörigen der Truppe etc. Umgerechnet käme uns die Landesverteidigung auf rund 90 Mio Fr. pro Jahr zu stehen, ein beinahe lächerlich kleiner Betrag im Vergleich zu den jährlich 6 bis 8 Milliarden, die wir heute dafür aufwenden. Gegen eine geringfügig höhere Gebühr offerieren die Russen mit dem Leasing Plus sogar atomar garantierte Schutzleistungen. Dadurch würden wir gleichzeitig auch ein Abschreckungsniveau erreichen, das deutlich über demjenigen der Schweizer Armee liegt. Besonders vielver-

Ein Arbeitspapier aus dem Finanzministerium stellt das Monopol der Armee in Frage

Mehr Markt in der Landesverteidigung?

man im Anschluss an eine Untersuchung des staatlichen Verteidigungsapparates durch das McKinsey Enterprise Research Institute ähnlich drastische Massnahmen erstmals diskutiert hat. Ernsthaft weiterverfolgt wurde jedoch insbesondere die Deregulierungsvariante nie, wengleich die Strukturanalyse-Profis zum Teil erschreckende Misstände zutage förderten:

– die Schweizer Armee arbeitet seit Jahren hoch defizitär und kann den Verteidigungsbetrieb nur dank massiver Subventionshilfe aufrechterhalten

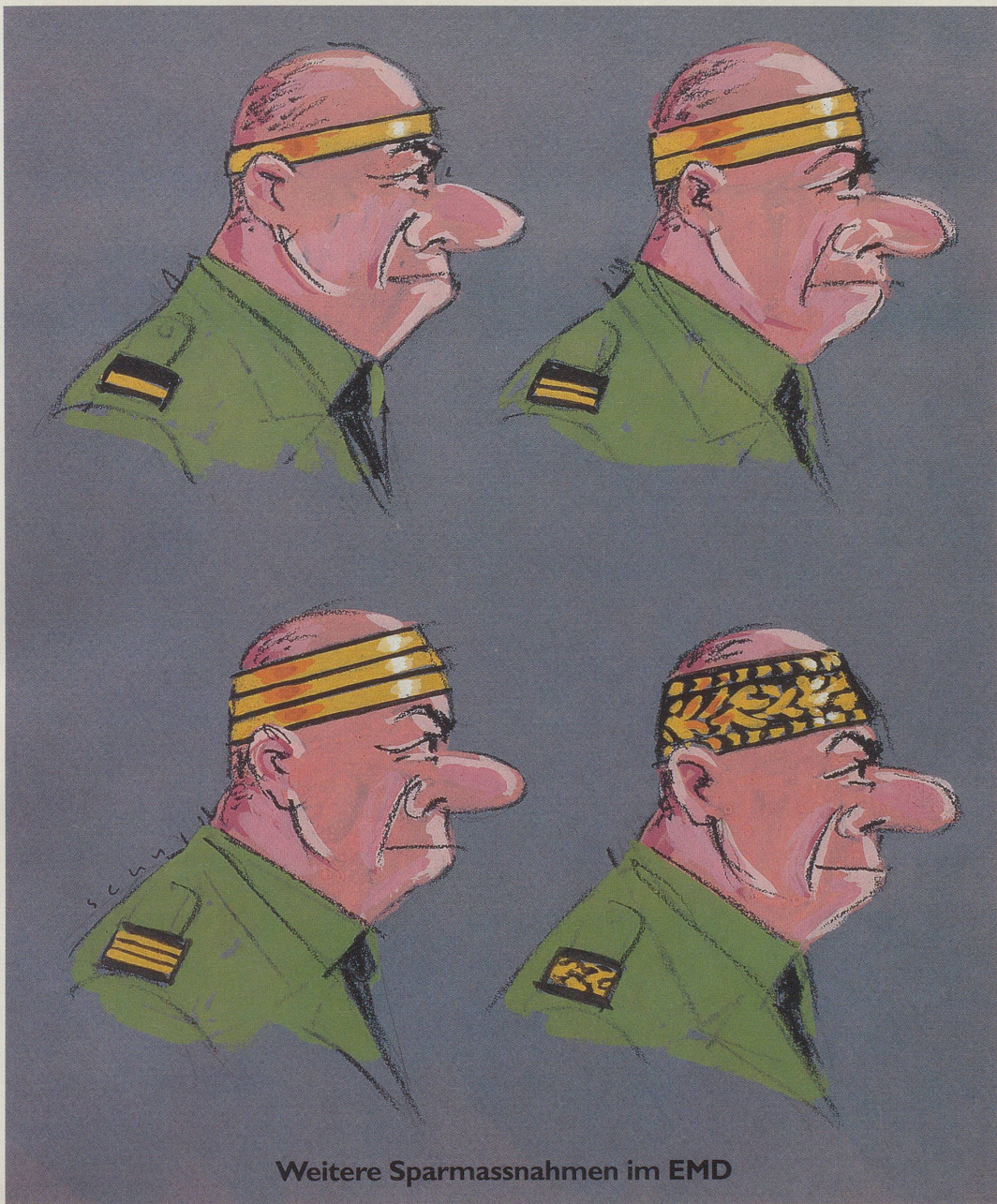
– die Eigenwirtschaftlichkeit (Deckung des Aufwandes durch eigene Einnahmen) beträgt lediglich 0,1 Prozent

ternative schlägt die Groupe de Réflexion eine Kooperation mit dem vormaligen militärisch-industriellen Komplex der Sowjetunion vor, dem jetzigen Ministerium für die Reorganisation des militärisch-industriellen Komplexes des demokratischen Föderalrates Russlands. Auf eine entsprechende Anfrage hin hat sich dessen erster Sekretär, Igor Krimejko – aus Gründen militärischer Überkapazitäten einerseits und dringenden Devisenbedarfs andererseits – spontan dazu bereit erklärt, der Schweiz im Rahmen eines noch auszuarbeitenden Leasingvertrags einige Abfangjäger und Luftlandedivisionen zur Verfügung zu halten. Die geleasten

sprechend ist das System CountrySAFE® der Specific Security Enterprises in Lark Hill, im amerikanischen Bundesstaat Wisconsin, das mit dem herkömmlichen (militärischen) Verteidigungskonzept nur noch wenig gemein hat.

Immenses Sparpotential

Im Prinzip beruht es auf zwei Komponenten, nämlich den computergesteuerten Hochfrequenz-Feinderkennungssensoren – eine Art Lichtschranke im Ultraschallbereich – und einer neuen Generation von Grenzminen, die, dank einem speziellen Regelmechanismus, der die Wechselwirkung zwischen Ex-



Weitere Sparmassnahmen im EMD

plosion und Implosion verzögert, mehrfach (theoretisch sogar unbegrenzt) hintereinander detonieren können. Betreten nun eine oder mehrere Personen ohne Decoder die Landesgrenze, werden sie nach einer akustisch signalisierten Vorwarnzeit von fünf Sekunden eliminiert. Bewegt sich der Eindringling mit einer höheren Geschwindigkeit als 15 km/h (Fahrzeuge), entfällt die Vorwarnzeit automatisch. Versuche mit zum Tode verurteilten Delinquenten haben die Wirkungskraft dieses Systems eindrücklich bewiesen.

Die Installationskosten für CountrySAFE® (inklusive aller Vorarbeiten für den Sprengkor-

ridor entlang der Grenze) betragen 62 Milliarden Fr. Dazu kommen jährlich 20 000 sFr. für die Wartung der Anlagen und rund 273 Mio für Unterhalt und Amortisation der immer noch benötigten Luftwaffe. Berücksichtigt man in der Rechnung die geringeren Ausgaben für Kriminalitätsbekämpfung und Strafvollzug, weil dank CountrySAFE® der Zustrom von unerwünschten Ausländern (Asylanten, illegale Touristen, Schein-Gastarbeiter usw.) rapide sinken würde, ergibt sich ein immenses Sparpotential

Tödlicher Gen-Cocktail

Recht unkonventionell angegangen wird das Problem von

der Firma Divine Chemie AG in Hubiswil LU. Mit Hilfe eines speziellen Verfahrens ist es ihr gelungen, rechten Schweizern (das sogenannte NaTSI (Nation's Territory Self Identification)-Gen abzugewinnen.

Kreuzt man dieses für Heimatliebe und Xenophobie verantwortliche Gen mit dem Aggressions-Gen von Toggenburger Kampfkühen, resultiert ein für alles Unschweizerische tödlicher Gen-Cocktail.

Die Schweizerische Offiziersgesellschaft und die Interessensgemeinschaft Militärsocken herstellender HeimarbeiterInnen kritisieren die Vorschläge des Finanzdepartements heftig. In einem gemeinsamen Com-

muniqué fordern sie deshalb ein Gesetz über Sonderwirtschaftszonen, das es unseren Militärs erlaube – vom verzehrenden Wettbewerb weiterhin unbehelligt – nach dem angestammten staatsmonopolistischen Modell zu arbeiten. Freilich vernachlässigen Kreise, die für die Beibehaltung des Status quo votieren, die Tatsache, dass überhaupt Zweifel an dessen Verfassungsmässigkeit bestehen. In einem speziellen Abschnitt äussern sich die Experten zu diesem unbequemen Thema: «Wir sind zudem darüber beunruhigt, dass unsere Armee, so wie wir sie heute kennen, auf wackeligen verfassungsrechtlichen Füßen steht.

Es ist dem Goodwill der schweizerischen Männer zu verdanken, dass diese den Militärdienst nicht unter Berufung auf den Gleichberechtigungsartikel in der Bundesverfassung quittieren bzw. gar nicht antreten, weil schliesslich die Frauen vom Gesetz weder zum Dienst noch zu Ersatzleistungen verpflichtet werden. Sobald dieser Goodwill in eine armeefindliche Haltung kippt, ist der für eine strategisch sinnvolle Verteidigung notwendige Heeresbestand gefährdet, mithin auch unsere Sicherheit.»

Augenzwinkernder Patriotismus

Es sind also nicht nur die ökonomischen Faktoren allein, um derentwillen sich ein Abrücken von der bisherigen Praxis aufdrängt. Andererseits ist uns unsere Armee in den langen Jahren ihres Bestehens – ein wenig augenzwinkernder Patriotismus mag da mitspielen – lieb und natürlich auch teuer geworden. Sollten deshalb Bundesrat und Parlament nicht ein Zeichen setzen, in einer Zeit weitgehenden Zerfalls traditioneller Werte aus Gewinnsucht, und das Ideal einer eigenen Armee durch protektionistische Massnahmen vor dem Opferaltar des Molochs Kapitalismus bewahren? Gespannt warten wir auf die Antwort der Steuerzahler und Juristen.